

Lebenswertes Göggingen und Umgebung e.V.

Talbach 3

72505 Krauchenwies-Göggingen

Vorsitzender: Rainer Ohmacht

☎ 0 75 76 – 76 12

rainer.ohmacht@arcor.de

stv.Vorsitzender: Eberhard Wiethoff

☎ 0 75 76 – 23 74

eberhard.wiethoff@t-online.de

Presseinformation 02.März 2021

Mit der Bitte um Veröffentlichung

Zum Jahreswechsel 2010/2011 haben wir, die Gögginger Bürger*innen, von den Vorhaben der Kiesfirmen Kenntnis nehmen müssen, in den Ortschaften Bittelschieß (Nordmoräne) und Göggingen (Valet & Ott, Baur und Baresel) sehr umfangreiche Flächen zum Kiesabbau zu beanspruchen. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt war klar, dass sich Widerstand formieren musste. Allerdings richtete sich der Widerstand nicht gegen Kiesabbau allgemein, sondern fast ausschließlich gegen den Kiesabbau im Gögginger Offenland.

Über 500 Gögginger Bürger ab 15 Jahren bekundeten mit ihrer Unterschrift, dass sie gegen das Vorhaben sind. Der Gemeinderat Krauchenwies, sowie die Ortschaftsräte der Teilorte stimmten einstimmig gegen den geplanten Kiesabbau. Der Planungsausschuss des Regionalverbandes stimmte nach einer Besichtigungstour der uns umzingelnden Gruben ebenfalls einstimmig (mit 1 Enthaltung des Verbandsvorsitzenden Kugler) gegen das Vorhaben. Das sind demokratische Entscheidungen.

Göggingen ist seit rund 60 Jahren durch Kiesabbau belastet. Hinzu kommen die B 311, die mitten durch den Ort führt und stetig mehr Verkehr, hauptsächlich Schwerlastverkehr führt. Drei aktive Kiesgruben mit entsprechenden Kiestransporten, die Mülldeponie in direkter Nachbarschaft und ein Motocross-Gelände belasten den Ort übermäßig.

Erhebungen zufolge sind die Fördertonnen allein im Landkreis Sigmaringen gegenüber dem Eigenbedarf des Landkreises mit 500 Prozent überzeichnet! 143 ha sind bei uns bereits abgebaut, genehmigt und als Sicherungsgebiet sind weitere 134 ha, also insgesamt 277 ha Kiesabbauf Flächen, oder 395 Fußballfelder und das nur direkt um Göggingen rum.

Durch massiven Protest konnte in der raumordnerischen Beurteilung 2016 ein Teilerfolg verbucht werden. Die Flächen zum Abbau in Göggingen wurden in etwa halbiert. Vorhaben von Nordmoräne und Baresel, haben wir, inzwischen organisiert im Verein Lebenswertes Göggingen und Umgebung e.V., toleriert.

Seither gibt es immer wieder Schlagabtausch mit den Kiesfirmen und den Genehmigungsbehörden. Immer wieder stellten wir fest, dass Vorgaben in der Vergangenheit und Gegenwart seitens der Kiesindustrie nicht eingehalten werden und seitens der Behörden eher schlecht als recht kontrolliert wurden.

Beispiel:

Angekündigt waren für bereits bestehende Gruben: Spazierwegenetz mit Aussichtsplattform und Grillstelle, 100 m Waldsaum, Vollverfüllung. Fakt ist: verwilderter Trampelpfad, Betreten verboten an allen Gruben, 35 m Waldsaum und teils Steilwände.

Auch stellt sich für uns der geplante Eingriff der Fa. Baur als äußerst fragwürdig dar, weil Baur bisher in Göggingen keinen Kieselstein abgebaut hat, und Neuaufschlüsse gem. den Grundsätzen des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben nicht zulässig sind. Die Maßgabe der Behörden, dass die Firmen nur gemeinsam einen Abbauantrag stellen dürfen, wurde umgangen, indem Baur abbaut und Kies an Valet & Ott verkauft. Ein Kundenverhältnis, lediglich mit Unterschrift auf dem Antrag.

Seither haben wir uns regelmäßig intensiv mit allen Unterlagen auseinandergesetzt, an allen Sitzungen und Besprechungen auf den Behörden teilgenommen, zu denen wir eingeladen waren und uns eingebracht. Stets mit offenem Visier.

Bei vollmundig angekündigten „Bürgerbeteiligungen“ im Rahmen von Workshops, bis dahin einmalig im Land, haben wir mitgearbeitet und nie Zweifel aufkommen lassen, dass die Ausbeutung unseres Offenlandes ein absolutes No-Go darstellt. Wir haben zu allen anstehenden behördlichen Entscheidungen Stellungnahmen und Widersprüche eingereicht, die gut begründet waren.

Alle unsere Einwände wurden missachtet. Die Raumordnerische Beurteilung ließ den Abbau unter bestimmten Voraussetzungen zu. Daraus erstellte das Landratsamt Sigmaringen eine Genehmigung der Gestalt, dass wichtige Bedingungen aus der raumordnerischen Beurteilung in Absprache mit dem Regierungspräsidium gestrichen, bzw. aufgeweicht wurden. Diesen Vorgang halten wir ebenfalls für mehr als fragwürdig und rechtlich nicht zulässig.

Wir fragen uns: Nach was sieht das aus?

Die Abbaugenehmigung wurde erteilt, ohne auch im Geringsten durch die Widersprüche von uns oder der Gemeinde beeinflusst worden zu sein. Natürlich haben wir gegen diese Genehmigung auch Widerspruch erhoben.

Ein Schreiben des Landratsamtes, in dem uns mitgeteilt wurde, dass wir überhaupt keine Widerspruchserlaubnis besitzen, wurde uns nicht zugestellt. Da nimmt man an allen möglichen Gesprächsrunden offiziell teil, und dann so etwas. Grandiose Bürgerbeteiligung!

In allen Maßgaben und Vorgaben des Regierungspräsidiums in der Raumordnerischen Beurteilung, wie auch in der Genehmigung finden sich fast ausschließlich Formulierungen im Konjunktiv (soll, sollte, nach Möglichkeit, etc.). Was soll das? Unsere Hinweise und Reklamationen, die wir von Beginn an diesbezüglich an alle Behörden richteten, wurden stets ignoriert. Mit keinem Wort wurde darauf reagiert.

Wir fragen uns: Nach was sieht das aus?

Ganz überraschend wurde im Januar, vom Landratsamt genehmigt, ein komplettes Biotop „auf Stock“ (Komplettabholzung) gesetzt. Alle Vogelarten, die in dieser Hecke jetzt mit dem Brüten beginnen wollten, haben ihren Brut- und Lebensraum verloren, weil kein Ersatz vorhanden ist.

Unserer Meinung nach geschah das völlig unfachmännisch und gegen die strikten Vorgaben des § 44 BNatSchG. Dort wird u.a. auch gefordert, dass für solche sog. CEF-Maßnahmen ein einzelnes Gutachten nicht ausreicht. Es müssen mehrere Gutachten von anerkannten Gutachtern,

die der gleichen Meinung sind, vorliegen. Was liegt dem Landratsamt vor? Das einzelne Gutachten des Landschaftsplaners, den die Kiesfirmen selbst beauftragt haben.

In der Genehmigung sind zwei bestimmte Grundstücke als Ersatzhabitate für die streng geschützten Feldlerchen vorgesehen. Nach dem „Plattmachen“ des Biotops wurde auf Antrag von Valet & Ott ein Grundstück mit zwei anderen getauscht, wohlgermerkt nach der Genehmigung! Diese Ersatzhabitate sind jedoch für die Lerche nicht geeignet, da sie von Hecken umsäumt sind, Lerchen mögen aber eine freie, offene Fläche ohne Hecken. Ein weiteres Ersatzhabitat liegt mitten in einer Bepflanzung mit kleinen Bäumen einer Baumschule und bietet auch nicht den adäquaten Lebensraum für die Lerchen.

Das Landratsamt wiegelt ab: Alles rechtens; und vor allem, für die Vögel auch besser so.

Wir fragen uns: Nach was sieht das aus?

Selbst in den Begleittexten zum neuen Regionalplan sind alle Schutzgüter, unser Gebiet betreffend, Schutzgut Mensch (Wohnen, Gesundheit, Erholung), Schutzgut Flora, Fauna, biologische Vielfalt, Boden und Wasser „erheblich beeinträchtigt“.

Das hatte alles keine Auswirkung auf die Genehmigung.

Das von den Kiesfirmen beauftragte Planungsbüro kommt bei allen kritischen Beurteilungen zu dem Schluss; dass nach Umsetzung der geplanten Ausgleichsmaßnahmen und nach einer fachgerechten Rekultivierung nur noch geringe bis keine Beeinträchtigungen mehr bestehen. In welcher Kiesgrube bei uns hat bisher eine fachgerechte Rekultivierung stattgefunden?

Wir fragen uns: Nach was sieht das aus?

Die Gesamtheit der Erfahrungen, die wir mit den Behörden und deren Handeln gemacht haben, sorgt dafür, dass wir einen eigenen Begriff dafür kreiert haben:

Die Wohlfühlgenehmigung.

Es wird u.E. sehr viel unternommen, den Kiesfirmen möglichst jeden (Stolper-) Stein aus dem Weg zu räumen und möglichst viel, fast schon in vorauseilendem Gehorsam, zu ermöglichen.

Das sehen wir so mit unserem weitgehend gesunden Menschenverstand. Wir können es nicht aus juristischer Sicht betrachten und wollen es auch nicht. Die Menschen und die Natur, für die wir uns einsetzen, sind auch keine Juristen.

Letztlich haben wir uns noch an unsere Politiker gewandt, in deren Wahlkreis wir uns befinden. Frau Bogner-Unden (Grüne, MdL) hat sich im Auftrag des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, nach unserem Offenen Brief an ihn, mit uns in Verbindung gesetzt, um sich vor Ort von uns informieren zu lassen.

Ihr Versprechen, entspr. Gespräche zu führen hat sie eingehalten. Es gab Antworten aus dem Umweltministerium, von Klaus Tappeser, dem Regierungspräsidenten. Seither wissen wir, dass Recyclingmaterial bereits zur Verfügung steht, es jedoch wenig eingesetzt wird, da es teurer als der Rohstoff ist (gemeinsame Presseerklärung des Verkehrsministeriums und der Bauwirtschaft). Wer will da was ändern?

Unser Abgeordneter von der CDU, Klaus Burger, hat für uns innerhalb kürzester Zeit noch einen Tag vor Weihnacht einen Termin gefunden. Er wollte sich auch für uns einsetzen. Gespräche wurden geführt, jedoch leider durchweg ohne irgendein Ergebnis. Wir vermuten, dass er mit dem Anliegen, auf den Kiesabbau in Göggingen einzuwirken, durchweg auf taube Ohren stieß. 60 Jahre CDU-Regierung waren auch 60 Jahre Kiesabbau im Durchwinke-Verfahren.

Nach Meinung der Spitzenkandidatin der CDU, Susanne Eisenmann, soll das in Zukunft auch wieder so werden. . Es scheint für sie keine Rolle zu spielen, dass nach wie vor große Mengen

unseres doch so wertvollen Rohstoffs hemmungslos profitabel in die Schweiz und nach Österreich exportiert werden. Begriffe wie Ressourcen schonender Umgang und Nachhaltigkeit scheinen für sie Fremdwörter zu sein. Auch Bürgerbeteiligung sieht sie eher als hinderlich an.

Und Genehmigungsverfahren müssen schneller abgehakt werden. Dieser Meinung ist auch der Hauptgeschäftsführer des ISTE (Industrieverband Steine Erden Baden-Württemberg), Thomas Reißwenger.

Und nach was sieht das aus?

Im Moment läuft die zweite Offenlage des Regionalplans des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben. Auch hier haben wir eine umfangreiche Stellungnahme eingereicht. Datum Nachlassen geht einfach nicht!

Wenn wir durch die Stellungnahmen und Widersprüche gegen die Genehmigung aus Sigmaringen durch sind, legen wir unser Augenmerk auf die für diesen Fall angekündigte Klage der Gemeinde Krauchenwies gegen die Entscheidung des Landratsamtes.

Es gibt noch viel zu tun, wir packen es an.

Gez.

Rainer Ohmacht
(Vorsitzender)